



Unfreier Handel

Die Einigung beim WTO-Treffen wird von den meisten Kommentatoren bejubelt. Ein Jammer!

„Dammbruch“, „Historischer Tag“, „Schub für die Weltwirtschaft“, ... Die Kommentatoren frohlocken im Chor: Die Einigung der 147 WTO-Mitglieder vergangenes Wochenende in Genf über die weitere Liberalisierung des Welthandels wird als Fortschritt für die Menschheit und Chance auf globalen Wohlstand gewertet. Besonders pikant: Der globale Deal soll vor allem den Entwicklungsländer nützen. Glaubt man EU-Handelskommissar Pascal Lamy, ist die WTO eine karitative Organisation zur Aufpäppelung der Ärmsten. Blickt man hingegen nüchtern auf das vereinbarte Rahmenabkommen, finden sich nur wenige Frohbotschaften für Entwicklungsländer, der Text zielt massiv auf Liberalisierung im Interesse der bisherigen Export-Champions:

1. Landwirtschaft: Auf den ersten Blick ist der in Aussicht gestellte Abbau der Exportsubventionen der EU und der USA erfreulich: Preisgestützte Exporte ruinieren die Landwirtschaft in den armen Ländern. Doch der Teufel steckt in mehreren Details: Erstens gibt es noch keine konkreten Prozentsätze und Termine. Zweitens können die EU und USA ihre handelsverzerrenden Subventionen durch WTO-konforme ersetzen, indem sie sie von einer „Box“ in eine andere umschichten - Etikettenschwindel par excellence. Drittens und schmerzlichstens wurde der Startschuss für weiteren Zollabbau gegeben, wodurch sich arme Länder nicht mehr gegen Dumping-Einfuhren aus den reichen schützen können. Die Industrieländer stützen ihre Landwirtschaft mit jährlich 311 Mrd. US-\$, die Entwicklungsländer mit jährlich acht Mrd. US-\$. „Freihandel“ würde die Existenz von Milliarden Menschen gefährden: In den armen Länder leben bis zu 80% der Bevölkerung von der Landwirtschaft.

2. Als „Gegenleistung“ für den (vorgetäuschten) Abbau der Agrarsubventionen haben die Industrieländer den radikalen Abbau von Industriezöllen durchgesetzt. Das Problem: Die armen Länder könnten – bei freiem Handel – mit den hochentwickelten Exportindustrien der reichen Länder nicht mithalten. Als Folge warnt die Konferenz der UNO für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vor „Deindustrialisierung“, steigender Arbeitslosigkeit und Armut. In Lateinamerika, das diese bittere Erfahrung schon gemacht hat, kam es zudem zum beschleunigten Abbau von Rohstoffen und den damit verbundenen Umweltzerstörungen.

3. Auf Drängen der EU ist auch das Dienstleistungsabkommen GATS wiederauferstanden. Bisher hatten nur rund 40 Länder Angebote gemacht. Im Abkommen werden die restlichen 100 Länder aufgefordert, bis Mai 2005 ihre Marktöffnungsangebote nachzureichen. Damit sind heikle öffentliche Dienstleistungen wie Trinkwasser, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Post und Energieversorgung ab sofort wieder in Liberalisierungs- und Privatisierungsgefahr.

In Summe haben sich Liberalisierungsinteressen klar durchgesetzt. Für den als „Kompromiss“ verkauften Sieg der reichen Länder gibt es mehrere Gründe: Zum

einen sind die erfahrenen und kopfstarken Delegationen der großen Handelsmächte strukturell überlegen. Zum anderen wurden die wichtigsten Textabschnitte von wenigen Ländern unter Ausschluss aller anderen vorformuliert, das Landwirtschaftskapitel gar nur von fünf Ländern. Zwischen dem letzten Entwurf Freitag früh und dem Verhandlungsende Samstag Mitternacht war für viele Entwicklungsländer keine Zeit, die Texte unter die Lupe zu nehmen und mit Experten rückzusprechen. Andererseits wollte kein Land für das Scheitern der Runde verantwortlich sein. Dies umso weniger, als die jetzige Einigung für die WTO eine Überlebensfrage war: Zwei der letzten drei Ministerkonferenzen – 1999 in Seattle und 2003 in Cancún – platzten. Wäre auch der Neuanlauf in Genf gescheitert, wäre die WTO gestorben, meinen viele Delegierte. Das jetzt erzielte Rahmenabkommen muss zwar erst in Feinverhandlungen mit Details gefüllt werden, aber die WTO lebt.

Das oft gebrachte Argument, dass die Wiederbelebung der multilateralen (WTO-)Ebene erfreulich oder zumindest das geringere Übel sei, weil sich sonst die Superschergewichte die Ärmsten in bilateralen Freihandelsverträge einzeln vorgeknöpft hätten, führt in die Irre: Lukrative Zusatzabkommen werden sowieso abgeschlossen. Die USA betrachten die WTO schon länger nur als „Mindeststandard“. Länder, von denen sie mehr wollen, kommen zusätzlich „bilateral“ zum Handkuss.

Selbst unter den fairsten Bedingungen führt globaler Freihandel zu Gewinnern und Verlierern: Nicht alle können Exportweltmeister werden. Interessant ist, dass unterm Strich alle verloren haben: Das Wirtschaftswachstum fiel in der Freihandels-Phase 1980 – 2000 sowohl in den reichen Ländern (2,2%) als auch in den armen Ländern (1,5%) deutlich niedriger aus als in der „regulierten“ Phase 1960 – 1980 (3,2% bzw. 3%) aus. Umso erstaunlicher, dass nach wie vor alle nach der Freihandelsdroge süchtig sind.

An Entzugstherapien würde es nicht mangeln: Vorrang für den Aufbau lokaler Märkte (historisches Erfolgsrezept aller heutigen Freihandels-Verfechter); Gratis-Know-how-Transfer statt rigidem Patentschutz; höhere Entwicklungshilfe zum Aufbau funktionierender öffentlicher Dienstleistungen; soziale, arbeits-, steuer- und kartellrechtliche „Leitplanken“ für den Weltmarkt, um den Standortwettbewerb und die Fusionswelle zu stoppen. Und vor allem: kein Freihandel in der Landwirtschaft. Der nützt nur einer Handvoll Großbetriebe, während die große Masse der Bauern in Nord und Süd verliert. Schließlich sollten globale Handelsgespräche auf die UNCTAD verlagert werden, die sich, wie ihr Name schon sagt, nicht nur für Handel, sondern gleichermaßen für Entwicklung interessiert.

Erschienen im „Falter“ 32/04